

An

die Parteivorsitzenden von CDU, CSU und SPD
die Fraktionsvorsitzenden von CDU, CSU und SPD
die Mitglieder der Fachgruppe „Klima/ Energie/ Umwelt“ der
Koalitionsverhandlungen
die Bundesumweltministerin

ausgestrahlt
gemeinsam gegen atomenergie

 **BWE**
Bundesverband WindEnergie

OFFENER BRIEF

Atomkraftwerke schneller abschalten – Leitungen für Erneuerbare Energien freimachen!

Berlin/ Hamburg/ München
26. Januar 2018

Sehr geehrte Damen und Herren,

während der Sondierungsgespräche über eine mögliche Koalition wurde das Klimaschutzziel 2020 in Frage gestellt, das Sondierungsergebnis stellt de facto auf ein neues 2030-Ziel ab. Die nächste Bundesregierung darf die Klimaziele nicht preisgeben und muss unverzüglich die zur Erreichung nötigen politischen Beschlüsse treffen. Dazu zählt neben anderen notwendigen Klimaschutzmaßnahmen wie einem schnellen Kohleausstieg der entschlossene weitere Ausbau der Erneuerbaren Energien. Deshalb begrüßen wir die konkreten Aussagen zum schnelleren Ausbau der Erneuerbaren Energien im Sondierungspapier.

Keine Aussagen enthält das Sondierungspapier allerdings zur Atomkraft. Dabei bedeuten die sieben noch laufenden Atomkraftwerke (AKW) ein ständiges Sicherheitsrisiko. Außerdem produzieren sie jeden Tag zusätzlichen Atom Müll. Der weitere gesetzliche Ausstiegsfahrplan sieht vor, dass mit Philippsburg 2 nur ein weiteres AKW Ende nächsten Jahres vom Netz gehen soll. Alle weiteren sechs AKW sollen dann erst Ende 2021/22 abgeschaltet werden.

Vor allem die norddeutschen Atomkraftwerke stehen der Nutzung schon heute verfügbaren Stroms aus Erneuerbaren Energien im Weg. Für jeden weiteren kurzfristigen Ausbau der Erneuerbaren Energien in Norddeutschland sind die Atomkraftwerke ein Hindernis. Sie blockieren die Weiterleitung erneuerbar erzeugter Energie insbesondere aus Windenergieanlagen. Während Windenergieanlagen wegen angeblicher Netzengpässe immer wieder abgeregelt werden, laufen die AKW nahezu ungedrosselt weiter. Ihr Atomstrom verstopft die Leitungen, die der Windstrom nutzen könnte. Selbst am Weihnachtswochenende 2017, als in Deutschland über längere Zeit ein Überangebot an Strom vorhanden war und zu negativen Strompreisen führte, leisteten die Atomkraftwerke

Bund für
Umwelt und
Naturschutz
Deutschland

 **BUND**
FRIENDS OF THE EARTH GERMANY

 **Umweltinstitut
München e.V.**

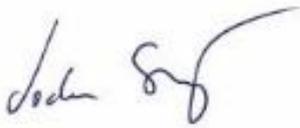
mindestens noch 5,5 Gigawatt. Dies widerspricht nicht nur den bestehenden Regelungen zum Einspeisevorrang, sondern läuft auch zunehmend den Zielen der Energiewende entgegen. Gleichzeitig werden so unnötige Kosten in dreistelliger Millionenhöhe verursacht, welche über die Netzentgelte private Haushalte, Gewerbe, Handel und Industrie belasten.

Für die kommende Legislaturperiode steht eine Novelle des Atomgesetzes an. Denn das Bundesverfassungsgericht hat dem Gesetzgeber aufgegeben, das Atomgesetz bis spätestens Sommer 2018 zu ändern, damit der Atomausstieg gänzlich verfassungsgemäß wird.

Das Risiko der Atomkraft muss so schnell wie möglich beendet werden.

- Die anstehende Überarbeitung des Atomgesetzes muss dazu genutzt werden, eine frühere Abschaltung der AKW zu erreichen und die gleichzeitige Abschaltung vieler AKW 2021/2022 zu verhindern. Auch energiepolitisch macht es Sinn, den Ausstieg zu beschleunigen.
- Um den vereinbarten stärkeren Ausbau kostengünstiger Erneuerbarer Energien zu ermöglichen, fordern wir, insbesondere die Atomkraftwerke, die dem Ausbau der Erneuerbaren Energien im Wege stehen, schneller vom Netz zu nehmen.
- Deshalb sollte die Übertragung von Reststrommengen untersagt werden. Dies würde Leitungskapazitäten insbesondere für Windstrom freimachen.

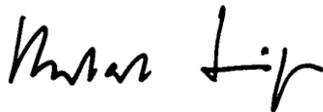
Mit freundlichen Grüßen



Jochen Stay
Sprecher von
.ausgestrahlt



Hermann Albers
Präsident
Bundesverband Windenergie



Prof. Hubert Weiger
Vorsitzender
Bund für Umwelt und Naturschutz
Deutschland (BUND) e.V.



Fabian Holzheid
Vorstand
Umweltinstitut München e.V.